

## Die Teilung Deutschlands

**Quelle:** CVCE.

**Urheberrecht:** (c) CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/die\\_teilung\\_deutschlands-de-8111e3c8-262d-42c3-b412-3842c37f0353.html](http://www.cvce.eu/obj/die_teilung_deutschlands-de-8111e3c8-262d-42c3-b412-3842c37f0353.html)

**Publication date:** 06/07/2016



## Die Teilung Deutschlands

Die humanitäre und materielle Katastrophe nach dem [Zweiten Weltkrieg](#) war die schlimmste in der Geschichte der Menschheit. Obgleich die weltweite Dimension dieses Konflikts stärker ausgeprägt war als im Ersten Weltkrieg (1914-1918), litt Europa am meisten unter den Folgen. Die Gesamtzahl der Opfer wurde auf 40°Millionen geschätzt, die Hälfte davon unter der Zivilbevölkerung. Infolge der Deportationen und Vertreibungen warteten im Jahr 1945 ca.°20°Millionen Flüchtlinge und Vertriebene auf ihre Rückführung. Die Verfolgung aus rassistischen, religiösen und politischen Gründen in einem nie da gewesenen Ausmaß und die Massendeportationen in die [Arbeits- und Vernichtungslager](#) hatten den Hass zwischen den europäischen Völkern geschürt. Die Entdeckung der Massengräber in den Konzentrationslagern schien die geistigen und moralischen Grundwerte der westlichen Zivilisation in Frage zu stellen. Darüber hinaus lastete ein Gefühl der Schuld auf dem deutschen Volk, das zu einer intensiven moralischen Debatte führte und die Orientierungslosigkeit, in der sich die besiegte Nation befand, nur noch verstärkte.

Bei der Konferenz von [Jalta](#) auf der Krim, die vom 4. bis zum 11. Februar 1945 stattfindet, besiegeln dieselben Machthaber das Schicksal des befreiten Europas. Sie verständigen sich vor allem auf die Einzelheiten der Besetzung Deutschlands. Obwohl Frankreich nicht an der Konferenz teilnimmt, erhält es eine Besatzungszone in Deutschland, die von der britischen und der amerikanischen Zone abgeteilt wird. Außerdem einigen sich die Alliierten grundsätzlich auf die Teilung des deutschen Staatsgebietes. Für Polen legen sie neue Grenzen fest. Das Land wird nach Westen verschoben und verliert so seine östlichen Gebiete an die Sowjetunion, während es im Gegenzug ostdeutsche Provinzen erhält, was zur Umsiedelung vieler Millionen Deutscher führt. Die drei Machthaber unterzeichnen außerdem eine Erklärung über die Politik in den befreiten Gebieten, in der die Durchführung freier Wahlen und die Einsetzung demokratischer Regierungen vorgesehen sind.

Die Welt ist noch nicht in zwei Einflussphären aufgeteilt, aber der Westen ist bereits dazu gezwungen, Stalins Rolle in den von sowjetischen Panzern befreiten Gebieten zu akzeptieren. Mittel- und Osteuropa stehen nunmehr unter dem alleinigen Einfluss der Roten Armee. Es scheint, als sei Stalin der Ansicht, dass jede Großmacht den von ihr militärisch kontrollierten Gebieten letztlich auch ihr politisches System aufzwingen sollte.

Auf der Konferenz der Staatschefs vom 17. Juli bis 2. August 1945 in [Potsdam](#) nimmt Harry Truman den Platz des am 12. April 1945 verstorbenen Franklin D. Roosevelt ein, und Clement Attlee tritt während der Konferenz an die Stelle von Winston Churchill, der bei den Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich am 26. Juli eine Niederlage hinnehmen muss. Joseph Stalin ist der Einzige, der an allen Konferenzen der Alliierten seit der Konferenz in Teheran im November/Dezember 1943 persönlich teilgenommen hat. Auf der Konferenz, die in Potsdam und damit im Herzen Deutschlands stattfindet, geht es im Wesentlichen um die Lage in Europa. Das Schicksal Deutschlands wird allerdings nur provisorisch geregelt, indem u. a. die praktischen Modalitäten seiner vollständigen Entwaffnung, die Zerschlagung der nationalsozialistischen Partei, die Entlarvung und Verurteilung von Kriegsverbrechern und die Höhe der Reparationsleistungen beschlossen werden. Im Ergebnis der Verhandlungen wird zudem die Notwendigkeit bekräftigt, die deutsche Industrie zu entflechten und mächtige Konzerne unter Zwangsverwaltung zu stellen und in kleinere unabhängige Unternehmen aufzuspalten.

Im Laufe des Jahres 1945 beginnen die Alliierten mit der Einrichtung ihrer jeweiligen [Besatzungszonen](#) in Deutschland und Österreich. Die Amerikaner besetzen den Süden, die Briten den

Westen und Norden, Frankreich den Südwesten und die Sowjetunion die Mitte Deutschlands. Der östliche Teil wird mit Ausnahme der (in Kaliningrad umbenannten) Stadt Königsberg und deren Umgebung, die von der Sowjetunion einverleibt wurde, von Polen verwaltet. Am 30. August 1945 wird ein Alliiertes Kontrollrat eingesetzt. Berlin wird in vier Sektoren unterteilt und der Verwaltungskontrolle der Alliierten Kommandantur unterstellt. Im Jahr 1946 werden die wichtigsten NS-Kriegsverbrecher in Nürnberg von Richtern der Alliierten verurteilt. Im gleichen Jahr wird die Zukunft der Satellitenstaaten Deutschlands sowie Italiens, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns und Finnlands in Paris in getrennten Friedensverträgen geregelt.

Am 28. Juli 1946 legen die USA einen Plan zum [wirtschaftlichen Zusammenschluss](#) der Besatzungszonen vor. Da Frankreich und die Sowjetunion den Vorschlag ablehnen, beschließen die Briten und die Amerikaner den wirtschaftlichen Zusammenschluss ihrer beiden Zonen zu einer Bizone, der im Dezember desselben Jahres vollzogen wird. Am 1. August 1948 wird die Aufnahme der französischen Besatzungszone in die Bizone beschlossen, die daraufhin zur Trizone wird. Nach und nach schwindet das [Einvernehmen](#) zwischen den Alliierten und die Vier-Mächte-Verwaltung wird unmöglich.

Vom 20. April bis zum 2. Juni 1948 kommen die drei Mächte in London zusammen, um über die Zukunft ihrer Besatzungszonen zu sprechen. Sie beschließen, eine verfassungsgebende Versammlung, den Parlamentarischen Rat, einzuberufen, dessen Mitglieder von den Parlamenten der Bundesländer ernannt werden. Diese Bundesländer waren von den Besatzungsmächten unter Berücksichtigung der historischen Strukturen gegründet worden. Während das Land Preußen aufgrund eines Beschlusses der Alliierten abgeschafft wird, bleibt Bayern bestehen. Am 1. September 1948 nimmt der Parlamentarische Rat in Bonn seine Arbeit auf. Er wählt den Christdemokraten [Konrad Adenauer](#) zu seinem Vorsitzenden und erarbeitet das [Grundgesetz](#), das am 23. Mai 1949 ausgefertigt wird.

Dieses Gesetz stellt die vorläufige Verfassung der [Bundesrepublik Deutschland \(BRD\)](#) dar. Die Verabschiedung des Grundgesetzes durch Abstimmungen gibt den Anlass für die ersten Parlamentswahlen in der gesamten Trizone. Als vorläufige Hauptstadt erhält Bonn den Vorzug vor Frankfurt. Westberlin erhält den Status eines Bundeslandes, steht aber weiterhin unter alliierter Verwaltung. Es geht darum zu zeigen, dass Westberlin trotz seines besonderen Status Teil der BRD ist.

Auch wenn das Recht der Westalliierten auf Einsichtnahme die deutsche Souveränität weiterhin einschränkt, versteht sich die BRD bereits als der einzig legitime Nachfolgestaat des Deutschen Reichs, das bei der bedingungslosen Kapitulation von 1945 aufgelöst wurde. Bei den Bundestagswahlen im August 1949 erringt die Christlich-Demokratische Union (CDU) unter Konrad Adenauer einen Sieg vor der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) von Kurt Schumacher, dessen teils marxistische Ansichten die westlichen Besatzer bisweilen erschrecken. Kommunisten und Liberale erzielen magere Ergebnisse. Konrad Adenauer, [privilegierter Partner der Amerikaner](#), wird der erste Bundeskanzler der BRD.

Als Reaktion auf die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) in Bonn unterstützt die UdSSR im Oktober 1949 die Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in Berlin. Ostberlin wird Hauptstadt der DDR.

Die Westmächte lehnen die Anerkennung dieses Staates ab, der wie die BRD für sich in Anspruch

nimmt, ganz Deutschland zu repräsentieren. Die Sozialistische Einheitspartei (SED), eine stalinistische, von den Kommunisten kontrollierte Partei bestimmt das politische Leben in der DDR bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Regimes im Jahre 1989.